



Harald Wiese



## **Auftaktveranstaltung zum Europawahlkampf am 22.03.2019**

Liebe Freunde, liebe Interessierte, liebe Mitbewerber, liebe Gegner,

oder um es mit einem Wort zu sagen, liebe Bürger!

Schön, daß Ihr heute hier seit. Das sage ich nicht nur, weil ich lieber vor einem vollen Saal rede als vor einem leeren. Sondern weil ich als echter Demokrat um die Wichtigkeit der Teilhabe der Bürger weiß. Wer hier ist, der will sich informieren, der will mitwirken. Der mit einem Lächeln an diesen haßverzerrten Leuten (die sich für besonders moralisch und menschlich halten und vor denen man Schutz nur durch die Polizei und den Rechtsstaat findet) vorbeigeht. Der das tut, weil er sich das eigene Denken nicht abnehmen läßt. Solange es solche Menschen gibt, habe ich keine Sorge um unsere Demokratie. Denn zur Demokratie gehört es, sich Argumente Aller anzuhören. Andere Meinungen nicht als Bedrohungen zu sehen, sondern als Möglichkeit der Erweiterung des eigenen Horizonts. Differenziertes Denken ist gefragt. Das wollen die Veranstalter des Spektakels da draußen grade nicht. Ein Dialog ist nicht gewünscht. Man will uns als Nazis, Faschisten stigmatisieren und sogar verschwinden lassen. Dazu werden Menschen von selbsternannten Menschenfreunden eingeschüchtert, denunziert, diffamiert. An Ihren Taten erkennt man die Feinde der Demokratie. Von uns geht sowas nicht aus!

Der von mir geschätzte Publizist Dushan Wegner beschrieb diese Strategie mit den Worten „Wirf deinem Gegner vor, dem zu schaden, wofür er kämpft – wer die Herrschaft des Volkes statt der NGOs und Globalisten, den Schutz der Grenzen statt Rechtsdurchsetzung nach Stimmungslage möchte, wer Demokratie und Rechtsstaat fordert, der soll nun ein »Feind der Demokratie« sein – Krieg ist Frieden, Unwissenheit ist Stärke, Demokraten sind Feinde der Demokratie.“ Da machen wir nicht mit!

Also nochmal: Schön daß ihr hier seid. Selber Denken statt betreutes Denken ist angesagt!

### **Sorge um die Demokratie**

Sorge um die Demokratie: das ist nämlich der Grund, weshalb ich mich der AfD angeschlossen habe. In vielen Politikfeldern läuft es aus dem Ruder. Die AfD wurde als Partei des wirtschaftlichen Sachverständes vor dem Hintergrund der Dauer- Euro- Rettung gegründet. Damit hat man bislang nur eines erreicht: Die Einsätze wurden immer größer bei immer schlechteren Chancen. Mit ihrer Politik der offenen Grenzen hat unsere Kanzlerin unser Land in seine größte Krise geführt. Ja, es hat sich was geändert. Wir haben seitdem tolle Sylvesterabende unter Freunden. Zumindest, wenn wir eine Armlänge Abstand halten. Wir haben Betonpoller bei fast jedem Weihnachtsmarkt. Nennen wir sie Merkel-Poller. Wir haben ein zerrissenes Land, in dem vergiftete Diskussionen selbst Familien und Freunde trennen. Und: wir hätten es besser wissen müssen: wer für alle offen ist, ist nicht ganz dicht!

### **AfD-Fraktion im Kreistag wirkt!**

Das war und ist meine Motivation für mein Engagement in der AfD. Wir müssen diese Fehlentwicklungen stoppen. Und nun? Seit 2016 bin ich Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag. Und wir haben auch dort für Bewegung gesorgt. „Eklat im Kreistag“ gleich in der ersten Sitzung. Eigentlich hatten wir doch nur die stellvertretenden Landräte von SPD und Grünen nicht gewählt. Und dann haben wir erstmal unsere Arbeit gemacht: Anfragen, Anträge und Wortmeldungen im Kreistag. Nicht nur zu einem Thema. Wir haben uns beschäftigt mit dem demographischen Wandel und mit der Situation von Schwerbehinderten in der Verwaltung. Wir haben eine Radikal-Inklusion abgelehnt und uns für eine echte Wahlfreiheit bei der Beschulung der Kinder eingesetzt. Wir haben mit einer Anfrage offengelegt, wieviele leerstehende Wohnungen über längere Zeiträume für zukünftige Flüchtlinge angemietet waren während der Wohnungsmarkt heißläuft. Wir haben Fragen zu Sprachkursen und zur Betreuung von Flüchtlingen gestellt und leider mitbekommen, daß nach dem Prinzip „Geld raus – Verbleib egal“ gearbeitet wurde. Mit einem Antrag wollten wir schließlich erreichen, daß eine medizinische Altersfeststellung von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen zum Regelfall wird. Andernorts geht das, hier nicht. Wir können mehr!

Was sagt der derzeitige Landrat dazu: Seitdem (dem Einzug der AfD) gab es, wie unser

"im Kreistag mehr Anfragen und Anträge als in den fünf, wahrscheinlich sogar den zehn Jahren davor." Bockhop weiter: "Die ersten Anfragen der AfD haben aber scheinbar auch andere hervorgerufen." Wenn das keine Veränderung zum positiven ist. Ich freue mich über jeden Antrag und jede Anfrage auch unserer Mitbewerber. Weil das die Grundlage der Demokratie ist. Wir sind nicht als Abnicker gewählt worden.

### **Warum Landrat?**

Aber warum Landrat? Bei seiner Vorstellung bei den Grünen fragte sich Bockhop lt. Zeitungsbericht mit Blick auf den AfD-Mitbewerber Harald Wiese verwundert, „warum es eine Alternative geben muss“? Die Antwort ist ganz einfach: weil die Wahl zwischen Alternativen die Grundlage der Demokratie ist. Dieses Angebot müssen wir dem Wähler machen. Bislang haben fast alle Parteien auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, egal ob SPD, Grüne, FDP, FWG. Die Linke ist noch offen.

Für wen könnte ich denn eine lohnende Alternative sein? Für Alle, die bei einem einzigen Kandidaten zuhause bleiben würden. Alle Wähler der AfD, die die anderen Bundestagsparteien eben nicht mehr wählen wollen. Alle Wähler der CDU, die sich noch daran erinnern können, daß es diese Partei mal ohne SPD-Anhang gab. Und: anders als bei Bundestagswahlen gibt's keine taktische Wahl. Bei der CDU wurde immer gesagt: Wählt uns, sonst kriegt ihr rotgrün. Bei Bockhop ist es wie mit Merkel: die SPD ist im Rucksack immer dabei. Wer mich wählt, kann immer ein Signal für den Wunsch nach einer konservativeren Union setzen.

Wer noch: alle FDP-Wähler: bei mir finden sie einen überzeugten Verfechter der Freiheit des Einzelnen. Einen, der sich mehr und öfter auf die großen liberalen Denker bezieht als die meisten in der liberalen Partei. Alle freien Wähler, die keinen etablierten Kandidaten wollen. Da geht also noch was.

### **Mobilität als Lebensader des ländlichen Raumes stärken!**

Für einen Landkreis wie Diepholz, geht es um die Zukunft des ländlichen Raumes.

Eine wichtige Lebensader wird grade mutwillig zerstört: die individuelle Mobilität. Denn die Bewohner im ländlichen Raum brauchen ihre Fahrzeuge, um zur Arbeit zu kommen, für die Freizeit, zum Einkaufen, für Fahrten zum Arzt oder zu Veranstaltungen. Kurzum fürs alltägliche Leben. Und es ist wichtig, daß dies bezahlbar bleibt. Leider befindet sich die Verkehrspolitik derzeit im Panik-Modus. Benziner und Diesel sollen verschwinden, Treibstoffe verteuert werden. Alle sollen neue Elektro-Autos kaufen. Der Zugang zu

preiswerten Gebrauchtwagen entfällt daher. Anders als in den großen Städten wird es auf dem niemals möglich sein, ein so dichtes Liniennetz aufzubauen, daß man weitgehend und ohne große Zeitverluste auf das eigene Auto verzichten kann. Diese Politik wird auf Landes- und Bundesebene gemacht. Aber einem Landrat ist es möglich, immer wieder in den Gremien darauf hinzuweisen: Mobilität ist die Lebensader des ländlichen Raumes. Eine Verkehrspolitik, die sich gegen zwei Drittel der niedersächsischen Bevölkerung richtet, muß gestoppt werden.

Dabei hat unser Landkreis eigentlich eine gute Ausgangsbasis. Ja, unsere Nachbarstadt Bremen wird nach jahrzehntelanger SPD-Herrschaft immer mehr zum failed state, zum gescheiterten Staat. Gehen Sie am späten Abend über den Bremer Hauptbahnhof und Sie wissen was ich meine. Aber auch drüberhinaus – fahren Sie mit dem PKW nach Bremen und entdecken Sie die neue Langsamkeit. Der Stillstand im Verkehr scheint der erste Schritt zur autofreien Stadt zu sein. Die Bildung in Bremen: seit jeher eine Katastrophe. Das ist einerseits traurig. Denn Bremen und sein Umland waren immer eng verwoben. Das bietet aber auch Chancen, Unternehmen und junge Familien aus den Großstädten für unseren Landkreis zu interessieren. Hier wo noch vieles funktioniert, die Welt noch in Ordnung zu sein scheint. Zu sein scheint? Ja, wir müssen den Bürgern auch etwas bieten, damit sie zu uns kommen und hierbleiben. Auch als überzeugter Wirtschaftsliberaler bin ich überzeugt, das ist kein Selbstläufer. Hier ist der Kreis ein idealer Akteur. Beispiel Digitalisierung:

### **Chancen der Digitalisierung nutzen!**

Es ist gut, daß der Breitbandausbau vorangetrieben wird. Aber vergessen wir nicht: der Breitbandausbau ist nur eine Voraussetzung der Digitalisierung. Dazu gehören ein digitaler Arbeitsmarkt, dazu gehört das Ansiedeln von Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie, von Unternehmen der Kreativwirtschaft. Wo steht der Landkreis Diepholz? Im Prognos Digitalisierungskompass 2018 auf Platz 287 von knapp über 400 Kreisen und kreisfreien Städten. Da ist noch mächtig Luft nach oben! Durch die Digitalisierung bieten sich vielfältige Chancen für den ländlichen Raum. Ich denke an medizinische Leistungen, an Bildungs- und Kulturangebote, an Heimarbeit und an die Mobilität. Auch wenn ich persönlich lieber selbst ans Lenkrad greife, denke ich bei selbstfahrenden Autos an die Mobilitätschancen Älterer oder Behinderter aber auch für unsere junge Menschen. Das schafft Verbindungen, wo Busse nicht kostendeckend fahren können. Das dürfte für manche mehr zu einem selbstbestimmten und flexiblen Leben

beitragen als der gesamte Hilfsmittelkatalog. Und bis es diese Fahrzeuge gibt, können APPs beispielsweise Menschen zu Mobilität zusammenführen und individuelle Transportmöglichkeiten schaffen, wo ein Bus mit 50 Sitzplätzen sich nie rentiert. Digitalisierung kann uns zu Gewinnern des demographischen Wandels machen. Vielleicht kehrt sich sogar einmal der Trend zur Verstädterung um. Aber dazu brauchen wir eben doch 5G an jeder Milchkanne. Dazu dürfen wir uns nicht mit Rang 287 im Digitalisierungskompass zufriedengeben. Bei Netzwerken geht es darum, an der Spitze zu liegen, in Projekten Möglichkeiten auszutesten, Leuchttürme zu setzen. Was wir wirklich brauchen, sind Gesamtkonzepte für die Digitalisierung und den demographischen Wandel, wie es sie andernorts auch gibt.

Wie wollen wir damit anfangen? Weder die Politik noch die Verwaltung sind allwissend. Aber derzeit liegt ein gewaltiges Potential von Kompetenz brach. Wen kann ich da wohl meinen?

Sie, die Bürger. Sie sind Experten. Sie haben Ihre Berufe und Sie kennen ihre vertraute Umgebung. Und doch ist ihre Einbindung in den politischen Prozess leider gering. Ja, Sie können alle paar Jahre wählen, Briefe schreiben, eine Frage in den Gremiensitzungen stellen. Es gibt auch einen Einwohnerantrag. Wenn Sie gut 5000 Unterschriften dafür gesammelt haben, kommt Ihr Thema auf die Tagesordnung. Das ist attraktiv und motivierend, oder?

Es geht auch anders. Digitale Demokratie heißt das Stichwort. Und das ist nicht einmal etwas neues. Digitale Plattformen bieten längst in anderen Kommunen oder Kreisen die Gelegenheit, zur Beschlussfassung anstehende Vorhaben vorzustellen und diese zu erläutern. Die Bürgerinnen und Bürger können diese Beschlussvorlagen kommentieren und bewerten. Oder auch eigene Vorschläge einbringen. Das gibt Ihnen, liebe Bürger, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und der Politik die Möglichkeit, auf das Wissen der Bürger zurückzugreifen. Eine Win-Win-Situation. Ich bereite grade einen Antrag dazu vor.

### **Europa aber richtig! Das Thema unseres heutigen Abends!**

Auch unser jetziger Landrat hat sich das Thema Europäische Union auf die Fahnen geschrieben. Deshalb ist der Landkreis im vergangenen Jahr der Vereinigung Europa-Union beigetreten und unterstützt damit deren Ziel eines Europäischen **Bundesstaates**.

Wie ist das zu bewerten?

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2009 im Urteil zum Lissabonner Vertrag maximal einen Staatenverbund erlaubt. Also eine auf Dauer angelegte Verbindung **souverän bleibender Staaten, in der die Völker-das heißt die staatsangehörigen Bürger- der Mitgliedstaaten die Subjekte demokratischer Legitimation bleiben.**

Wenn die Europa-Union über diesen Staatenverbund hinaus einen Bundesstaat will, wie dürfen wir dann das nennen? **Verfassungsfeindlich?**

Auf dem Neujahrsempfang eben dieser Europa-Union äußerte Bockhop dann „Wir müssen unseren Wohlstand aber mit anderen in Europa teilen“. Genau hier zeigt sich der größte Irrtum dieser gesamten EU und auch Bockhops auf:

Wer in erster Linie vom Teilen des Wohlstandes redet, vernichtet eben diesen Wohlstand. Das ist die Lehre, die wir aus dem Scheitern der verschiedensten Sozialistischen Regime ziehen mußten.

Wo führt das hin? Fragen wir jemandes, der sich damit auskennt. Ludwig Erhard gilt als Vater der sozialen Marktwirtschaft: In seinem Buch „Wohlstand für alle“ lehnt Erhard diese Art der europäischen Umverteilung als „Gleichmacherei aller ökonomischen Verhältnisse“ ab, weil sie die „menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja das Leben selbst“ ersticken würde.

Ich zitiere Erhard:

„Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die **Opfer** bringen und womit die **Zeche** bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muß ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter „**Töpfchen**“ führen, d. h. von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepäppelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere – aus welchen Gründen auch immer – subventioniert. Das scheint mir nicht das Prinzip zu sein, welches geeignet ist, echten Fortschritt zu bringen, jenen schnellen Fortschritt, den wir in Europa so notwendig brauchen. So läßt sich auch nicht das Ziel erreichen, die Lebensmöglichkeiten unseres Volkes und diejenigen aller europäischen Völker zu verbessern.“

Und was macht die EU nun? Die Subventionierung der Leistungsschwachen ist die Grundlage der EU-Politik: Die von Erhard angesprochenen Töpfchen finden im EU-Haushalt überall wieder . 46 % davon sollen *intelligentes und integratives Wachstum* schaffen, vor allem durch die Unterstützung unterentwickelter Regionen und benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen in der EU. Dazu kommen die Dauerrrettung Griechenlands bzw. deren Kreditgeber. Hinzu kommt die Niedrigzinspolitik die den Südstaaten die Schuldenaufnahme erleichtert und die die Sparer im Norden enteignet. Da schmilzt manche geplante Altersvorsorge zusammen. Wenn wir Europa voranbringen wollen, dann müssen wir mit diesem Unsinn Schluss machen.

### **Wir brauchen weniger Juncker und Merkel sondern mehr Ludwig Erhard!**

Nicht das Teilen des Wohlstandes ist das Thema, sondern die Schaffung von Voraussetzungen für Wohlstand.

Wo liegen denn die? Im Freihandel. Und genau da sieht es ganz Düster aus. Mit dem Brexit ist uns mit Großbritannien nicht nur einer der größten Nettozahler abhandengekommen, sondern eine der wichtiger Handelspartner. GB hat eine Wirtschaftsstärke wie gut 20 der kleineren EU-Mitglieder zusammen. Der Austritt Großbritanniens aus der EU wird für alle Beteiligten Seiten zum Verlust. Das wird auch Bürger und Unternehmer im Landkreis betreffen und so die Steuereinnahmen drastisch reduzieren. Leider hatte die Verhandlungsführung der EU nicht das Ziel den Wohlstand und die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Europäer zu sichern. Wenn diverse Kröten nicht geschluckt werden, dann gibt es auch keinen Freihandel. Es geht darum ein Exempel zu statuieren. Das Signal: Wer aus der EU austritt kriegt richtige Probleme. Wer aus einer Organisation austritt, handelt sich richtige Nachteile ein, wird isoliert und verächtlich gemacht. Woher kennen wir das denn sonst, liebe Zuhörer ? Kleiner Tipp: lesen Sie mal die Berichte von Aussteigern aus Sekten!

Hier gibt's eine klare Ansage: Schluß mit dieser Sektiererei. Wenn ein für die meisten Länder besserer Zustand der EU erreicht werden kann, dann muß dieser über Reformen erreicht werden. Schluß mit der Bevormundung, Schluß mit dem Umverteilungssozialismus. Schluß mit dem Übergehen der Nationalstaaten. Euro hat als Kontinent der Vielfalt eine Zukunft, nicht als zentralistischer Einheitsstaat.

Das langjährige Friedens-und Wohlstandsprojekt EU wird grade von den selbsternannten

Super- Europäern mit Volldampf gegen die Wand gefahren. Die machen stur immer weiter. Anstatt die Kritik von „Populisten“ als Anregung zur Verbesserung zu nutzen, schottet man sich ab und überlegt, wie man die Völker überrumpeln kann.

Eine Anmerkung zum Friedensprojekt: Landrat Bockhop hatte zum „Europa der Vaterländer“ geäußert. „Diese Idee hat in der Vergangenheit großes Leid über die Länder in Europa gebracht. Nationalstaaten führten gegeneinander Krieg, nicht EU-Staaten“. Entschuldigung Herr Landrat: Die EU-Staaten waren und sind immer noch Nationalstaaten. Und haben sich trotzdem nicht bekämpft. Und auch die nicht-EU Mitglieder Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz sind nicht für besondere kriegerische Auseinandersetzungen bekannt.

Wir sind überzeugt: Die Grundlagen für ein lebens- und liebenswertes Europa sind demokratische Nationalstaaten, Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Das sind die Bausteine für Wohlstand und Frieden.

Europa ist auch mehr als diese EU: Auch Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz und künftig Großbritannien sind Europa.

Liebe Bürger,

vielen Dank für Ihr Interesse. Am 26.05. können Sie mit Ihrer Stimme helfen:

Für unseren Landkreis.

Für ein Europa der Vaterländer.

Vielen Dank für Ihr Interesse!